



Der Vorsitzende des
Jugendparlaments
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3384
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dr. Jörn Heimlich

Wiesbaden, 13.12.2018

1. Den Mitgliedern des
Jugendparlament
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Jugendparlaments
am Dienstag, 18. Dezember 2018, um 18:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.11.2018
2. Neuwahl Protokollführung
3. Bericht des Vorstands
4. Berichte aus den Projektgruppen

5. 18-J-42-0033

Sondersitzplätze in den Bussen
- Antrag von Noah Said und Robin Balzereit -

Das Jugendparlament Wiesbaden möge beschließen:

In jedem Bus sind vorgesehene Plätze für Alte, Schwangere, Behinderte und viele weitere eingeschränkte Personen vorhanden. Diese werden zu unrecht von einigen Fahrgästen ignoriert und verlassen nur auf Nachfrage ihren Platz. Deswegen müssen diese Sitzplätze einen sogenannten „Sonderstatus“ in jedem Bus erhalten, der mehr als mit nur einer Markierung gekennzeichnet wird.

Der Sonderstatus soll wie folgt gekennzeichnet werden:

Der Sonderstatus betrifft die vorderen 4er-Plätze in jedem Bus.

Die Plätze sollen eine andere Farbe erhalten, die sich farblich von den anderen „normalen“ Plätzen abgrenzen. Ein guter Farbvorschlag wäre hier Orange.

Diese Plätze sollen zuletzt von den Fahrgästen besetzt werden, damit sich Bedürftige dort direkt hinsetzen können. Der Busfahrer ist befugt, Gäste wegzusetzen, die nicht diesen Platz beanspruchen müssen und darf bei Nichtbeachtung dieser Regel, Konsequenzen vorzunehmen.

Durch eine Reform der besonderen Sitzplätze in jedem Bus, werden diese mehr wertgeschätzt und Bedürftige haben direkt die Möglichkeit einen Platz, sofern verfügbar, einzunehmen.

Die derzeitige Lage sieht vor, dass die Plätze nicht mehr den vorgesehen Status mit den Markierungen die am Fenster beklebt sind nicht ausreichen, damit diesen Plätzen die notwendige Beachtung geschenkt wird.

Dieser Antrag soll im Ausschuss Verkehr & Umwelt gestellt werden.

6. 18-J-42-0032

Recyclingautomaten an öffentlichen Plätzen
- Antrag von Noah Said -

Das Pfand wurde erfunden, um konkret das Plastikproblem in Städten zu beseitigen. Die Maßnahme hatte Erfolg und immer mehr Plastik wird in Recyclingautomaten eingeworfen. Dennoch fehlen Recyclingautomaten an öffentlichen Plätzen, sodass man einen Supermarkt besuchen muss, um sein Entgelt zu erhalten.

Das ist nicht nötig. Pfand sollte zur jeder Zeit und an vielen verschiedenen Ort abgegeben werden können, sodass man sich nicht an eine volle Supermarktschlange stellen muss.

Es wird gefordert, dass ein Recyclingautomat an einem gut erreichbaren Platz aufgestellt wird, der zur jeder Zeit erreichbar ist.

Der Magistrat wird gebeten, einen geeigneten Ort auszusuchen, um dort einen Automaten zu installieren.

7. 18-J-42-0035

Digitale Hessenkarte
- Antrag von Noah Said -

Das Jugendparlament möge beschließen, dass im Ausschuss Bürgerbeteiligung und Netzpolitik folgender Antrag gestellt wird:

Der Magistrat soll Gespräche mit der ESWE führen für ein digitales Hessenticket

Forderung für ein digitales Hessenticket, welches identisch zu dem analogen Ticket ist. Es soll möglich sein, mit beiden Methoden seinen Fahrschein vorzuweisen.

8. 18-J-42-0036

Anfrage zur E-Mobilität
- Antrag von Moritz Wimmer -

Das Jugendparlament Wiesbaden möge beschließen, dass der Magistrat gebeten wird zu beantworten:

1. Bis wann wird die Umstellung der Busflotte auf E-Mobilität vollendet sein?
2. Bis wann wird die Autoflotte der Stadtverwaltung auf E-Mobilität umgestellt?
3. Bestehen Pläne, mittels Förderungen die Einsatzfahrzeuge von Rettungsdienst, Polizei und Feuerwehr auf elektronische Motoren umzustellen?
4. Weshalb werden die Autos der Stadtverwaltung ersetzt, wenngleich die Fahrzeuge des Rettungsdienstes, der Polizei und der Feuerwehr nicht nur deutlich höher frequentiert fahren, sondern auch um einiges ineffizienter sind und somit eine deutlich höhere Belastung für die Umwelt darstellen?

9. 18-J-42-0037

Stärkung der HUSKJ
- Antrag von Moritz Wimmer -

Das Jugendparlament möge beschließen, dass die Hessische Union zur Stärkung von Kinder- und Jugendinteressen folgende Projekte zur Umsetzung bringt.

1. Die HUSKJ soll Möglichkeiten erörtern, inwiefern Sie in die politischen Prozesse auf Landesebene vertiefend eingebettet werden kann. Es sollen Möglichkeiten erwägt werden, inwiefern ein Rederecht bzw. ein Antragsrecht im Landtag realistisch sind. Wenn mögliche Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind, sollen diese nach Möglichkeit geschaffen werden.

2. Zum dauerhaften Erhalt soll die HUSKJ nicht mehr über die beteiligten Jugendparlamente finanziert werden. Es soll erörtert werden, inwiefern Landesmittel bereitgestellt werden können.
3. Die HUSKJ soll sich als Ziel setzen, das Wahlalter für Jugendliche in Hessen bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabzusenken. Auch für Bürgerentscheide soll dies gelten.
4. Die HUSKJ soll Möglichkeiten erörtern, inwiefern mit Landesmitteln mehr Jugendlichen ein Freiwilligendienst ermöglicht wird. Kindergeld und das Taschengeld vom Arbeitgeber reichen nicht aus, um den Lebensunterhalt eines Freiwilligendienstlers zu gewährleisten. Ein wohlhabendes Elternhaus darf künftig keine Voraussetzung für einen Freiwilligendienst sein.

Begründung:

Die HUSKJ ist eine bedeutende Errungenschaft für die Vertretung von Jugendinteressen in Hessen. Um einen dauerhaften Erhalt dieser Union zu gewährleisten, soll sie mittels einer entsprechenden demokratischen Einbettung und einem soliden Haushalt auf sichere Beine gestellt werden, sodass sie auch weiterbesteht, nachdem die engagierten Gründungsmitglieder die HUSKJ altersbedingt verlassen. Gleichzeitig sollen Aushängeprojekte wie ein Einsetzen für ein gesunkenes Wahlalter die Bekanntheit verstärken und die HUSKJ somit zu einem Teil des politischen Systems des Landes Hessen machen.

10. 18-J-42-0034

Freiwilliges Soziales Jahr

11. Verschiedenes

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt das Jugendparlament nicht öffentlich, falls Tagesordnungs-punkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Gottwald
Vorsitzender